



Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Ministerin

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses  
für Umweltschutz und Raumordnung  
Herrn Klaus Strehl MdL  
Haus des Landtags  
40190 Düsseldorf

Schwannstraße 3, 40476 Düsseldorf  
Telefon (0211) 4566-0  
Durchwahl (0211) 4566- 219  
Telefax (0211) 4566-388  
Teletex 211709 = UMNW

Datum 3. Januar 1996  
Aktenzeichen (bei Antwort bitte angeben)  
I B 2

Betr.: Haushaltsentwurf 1996;  
hier: Einzelplan 10

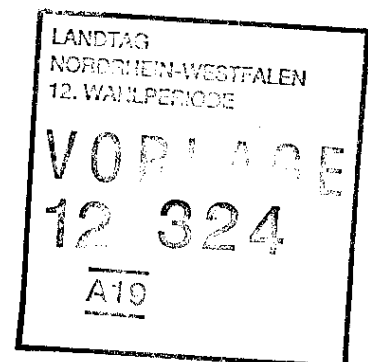
Bezug: 4. Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und  
Raumordnung am 13.12.1995

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

als Anlage übersende ich Ihnen die Einführungsrede zum  
Haushaltsentwurf 1996 in 120-facher Ausfertigung.

Mit freundlichem Gruß

(Bärbel Höhn)



## **Sprechzettel**

**Die Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen dient der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung unseres Landes. Ziel ist ein qualitatives Wirtschaften, das ökologische Belastungen von vornherein vermeidet. Die Politik soll dazu beitragen, falsche Gegensätze zu überwinden:**

- Arbeit und Umwelt gehören zusammen, wenn die Verantwortung für kommende Generationen ernst genommen wird.**
- Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gehören zusammen, wenn Wohlstand für alle und soziale Stabilität erreicht werden sollen.**
- Die Sicherheit aller und die persönliche Freiheit des einzelnen gehören zusammen, wenn Liberalität und Toleranz das Zusammenleben bestimmen sollen.**
- Die Wahrnehmung der Interessen des Landes und internationale Solidarität gehören zusammen, wenn das friedliche und gedankliche Zusammenleben in der "Einen Welt" erreicht werden soll.**

**Nachhaltige Politik soll vermeintlich unvereinbare Positionen so überbrücken, daß beide Seiten vorankommen. Das gilt z.B. für den Einsatz modernster Technik, die die Produktivität von Rohstoffen und Energie erhöht, die Ressourcen schont, auch die Produktionskosten senkt und dafür sorgt, daß umweltverträglich hergestellte Produkte wettbewerbsfähig sind.**

**Die Industriegesellschaft braucht intelligente Lösungen, die am Grundsatz der Nachhaltigkeit orientiert sind, wenn Nordrhein-Westfalen als lebendige Heimat und als Wirtschaftsstandort gesichert und ausgebaut werden soll. Die hervorragende Ausbildung der Beschäftigten und die Leistungsfähigkeit der Unternehmen in Nordrhein-Westfalen müssen genutzt werden, um Produktionsverfahren und Technologien zu entwickeln, die weniger Energie, weniger Wasser und weniger Fläche verbrauchen, weniger Abfall anfallen lassen und weniger umweltbelastende Mobilität benötigen.**

### **Lenkung durch Umweltabgaben**

**Wenn wir tatsächlich erreichen wollen, daß an die Stelle der immer noch betriebenen Umweltreparatur in Zukunft die Umweltvorsorge tritt, müssen wir er-**

reichen, daß für umweltfreundliche Waren gerechte Preise bezahlt werden. Deshalb ist es sachgerecht, umweltverträgliches Wirtschaften durch Ökoabgaben zu fördern und umweltschädliches Wirtschaften mit entsprechenden Folgekosten zu belasten.

Zur Klärung der Einzelheiten sollen schnellstmöglich gutachterlich gesicherte Grundlagen für eine Entscheidung über die Einführung, die Ausgestaltung und die Höhe von ökologisch orientierten Abgaben in Nordrhein-Westfalen geschaffen werden. So wird beispielsweise für das bereits auf landesgesetzlicher Grundlage erhobene Lizenzentgelt für Sonderabfallentsorgung die Summe in 1996 zunächst auf rd. 50,0 Mio DM erhöht, um es in den folgenden Jahren auf 75,0 Mio DM anzuheben.

### **Nachhaltiger Gewässerschutz**

Wasser ist eine Grundlage des Daseins. Es erfordert einen sorgfältigen Umgang und nachhaltigen flächendeckenden Schutz. Die Anstrengungen, alle notwendigen Abwasseranlagen bauen und durch die Optimierung des Vollzugs der Indirekteinleiter-Verordnung auch die Reinigung von Abwasser aus Industrie und Gewerbe vor der Einleitung in die öffentliche Kanalisation zu forcieren, werden fortgesetzt.

**Nachhaltiger Gewässerschutz ist auch ein Beitrag zu einem ökologisch ausgerichteten Hochwasserschutz, der das Übel an der Wurzel bekämpft und die Schäden begrenzt. Die Renaturierung der Fließgewässer, die Entsiegelung und ortsnahe Versickerung von Regenwasser und die Wiederherstellung von Gewässerauen im Rahmen des Gewässerauenprogramms tragen zur Beherrschbarkeit von Hochwasser bei. Darüber hinaus werden am Rhein die Deiche zum unmittelbaren Schutz von Menschen und Industrieanlagen in den nächsten Jahren zügig saniert. Dabei werden neue Überflutungsräume durch die Rückverlegung von Deichen geschaffen und vorhandene Überschwemmungsgebiete gegen weitere Bebauung gesichert.**

**Für den nachhaltigen Gewässerschutz sind 1996 etatisiert:**

<b>Abwasserabgabe</b>	<b>110,8 Mio DM</b>
<b>Abwassermaßnahmen</b>	
- im Epl. 10	<b>66,5 Mio DM</b>
- im Epl. 20 (GFG-Investitionspauschale)	<b>255,0 Mio DM</b>
<b>Gewässerauenprogramm</b>	<b>10,5 Mio DM</b>

**Naturnaher Wasserbau und Gewässer-  
unterhaltung sowie Hochwasserschutz 65,9 Mio DM**

**Naturnahe Unterhaltung der Gewässer  
zweiter Ordnung 20,0 Mio DM**

### **Altlastensanierung**

**Für die Gefährdungsabschätzung und Sanierung von  
Altlasten stehen auch 1996 über 30,0 Mio DM  
zur Verfügung.**

### **Bodenschutz**

**Das Land entwickelt den Aufbau des Bodeninforma-  
tionssystems und die Einrichtung der Boden-Dauer-  
beobachtungsflächen weiter. Zur großräumigen Er-  
mittlung der Verbreitung persistenter Schadstoffe in  
Böden werden digitale Bodenbelastungskarten ent-  
wickelt und in Pilotprojekten erprobt. Wir werden wei-  
terhin ein aktualisiertes Landes-Bodenschutzpro-  
gramm aufstellen und zur Abklärung noch offener  
Fragen zur Bewertung von Bodenbelastungen und  
zur Wirksamkeit von Schutzmaßnahmen Untersu-  
chungsvorhaben durchführen.**

**Hier steht 1996 ein Bewilligungsrahmen  
von 1,5 Mio DM  
zur Verfügung.**

### **Luftreinhaltung**

**Nach Durchführung der Altanlagenanierung, deren Ziel es war, durch Einsatz des modernen Standes der Luftreinhaltetechnik die Emissionen auf breiter Basis zu senken, ist nun den Stoffen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, die nach neueren Erkenntnissen eine ganz spezifische Schadwirkung hervorrufen. Von besonderer regionaler Bedeutung ist die Weiterführung des Minderungsprogramms zur Reduzierung der Dioxin-Emissionen aus Produktionsanlagen.**

**Generelle Bedeutung hat die Minderung der überall auftretenden Ozonvorläuferstoffe. Daher wird eine dauerhafte Reduzierung dieser Emissionen angestrebt. Im Verkehrsbereich sind z.B. Initiativen zur Verbesserung der Treibstoffqualität, zur Konstruktion emissionsärmerer Kraftfahrzeuge und zur Entwicklung von Konzepten vorgesehen, um die in Industrie, Gewerbe und bei der Anwendung lösemittelhaltiger Produkte vorhandenen Minderungspotentiale auszuschöpfen.**

Für die Aufklärung der Wirkungszusammenhänge und eine sachgerechte Unterrichtung der Bevölkerung ist eine Informationskampagne vorgesehen. Die stetig zunehmende Anwendung elektrischer Energie und die breite Einführung drahtloser Telekommunikationstechniken führen zu einem Anstieg elektromagnetischer Felder in der Umwelt. Viele Menschen befürchten, durch diese Entwicklung zunehmend gesundheitlich belastet zu werden. Die Landesregierung nimmt diese Besorgnisse ernst und wird deshalb auch auf Basis landesbezogener Untersuchungs- und Entwicklungsvorhaben alle Möglichkeiten nutzen, um Gesundheitsschutz und Gesundheitsvorsorge für die Bevölkerung sicherzustellen.

Die Landesregierung wird insgesamt eine offene Informationspolitik betreiben. Insbesondere wird sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten vom Bürger gewünschte umfangreiche Emissionsdaten zeitnah zur Verfügung stellen und hierbei verstärkt die Mittel moderner Datentechnik nutzen.

Für 1996 sind etatisiert:

Ozonkampagne 4,0 Mio DM

Untersuchungen zu den Wirkungen von  
Elektrosmog 1,0 Mio DM



**Bereitstellung von Umweltinformationen 1,0 Mio DM  
(für alle Anlagen- und Medienbereiche)**

**Untersuchungen, Entwicklungsaufgaben sowie Planungs- und Vorsorge-  
maßnahmen zur Bekämpfung von  
Luftverunreinigungen pp. 6,0 Mio DM**

**Vermeidung, Wiederverwendung und sinnvolle Verwertung von Abfällen**

**Die Abfallpolitik des Landes ist an einer Kreislaufwirtschaft orientiert. Das bedeutet, daß Abfälle weitestgehend vermieden werden müssen. Dort, wo sie dennoch anfallen, müssen sie ohne Probleme durch stoffliche Verwertung in Stoffkreislauf zurückgeführt werden. Die verbleibenden Restabfälle müssen sicher entsorgt werden.**

**Um diesen Stoffkreislauf zu erreichen, muß schon in der Produktion angesetzt werden. Anstelle von achtlosem und maßlosem Verbrauch muß sich eine Kultur des bewußten Gebrauchs entwickeln. Ziel sind umweltschonende Produktionsverfahren, Minimierung der im Produktionsprozeß anfallenden Abfälle und Reststoffe sowie langlebige Gebrauchsgüter, die am Ende wieder stofflich verwertet werden können.**

**Das notwendige Bewußtsein für eine solche Wirtschaftsumstellung ist gerade in den privaten Haushalten sehr groß. Deshalb ist es wichtig, daß die vorhandene Motivation der Bevölkerung nicht durch falsche abfallpolitische Entscheidungen oder durch skandalöse Beispiele verantwortungsloser Entsorger zerstört wird.**

**Neben den Bemühungen im privaten Bereich soll erreicht werden, daß zukünftig auch die Produktion und das Gewerbe stärker als bisher Abfälle vermeiden. Dazu wird die Abfallberatung gerade für kleinere und mittlere Unternehmen ausgebaut. Die Produktverantwortung soll durch Rücknahme- und Verwertungsverpflichtungen gestärkt werden.**

**Die Landesregierung geht davon aus, daß in Nordrhein-Westfalen keine neuen Müllverbrennungsanlagen mehr geplant oder errichtet werden.**

**Für den Bereich der ökologischen Abfallwirtschaft sind 1996 veranschlagt:**

**Lizenzentgelt 47,3 Mio DM**

**Aufklärungsmaßnahme über innovative Verfahren der ökologischen Abfallwirtschaft 2,3 Mio DM**